



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,- M. für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 M. Postzeitungsnummer 296. Insertionsgebühr für die Zeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassier W. Herden zu richten. Redakteur: H. Jahn, Charlottenburg, Rosinenstr. 8.

Nr. 12

Charlottenburg, den 20. März 1903

30. Jahrg.

Porzellan- etc. Arbeiter und Arbeiterinnen, denkt an die im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen, entnehmt von den Zahlstellenkassirern Streikmarken!

Bekanntmachung!

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: **Berlin** (Mantl, Bergmannstr. 110), **Breslau** (Steingutfabrik P. Giesel), **Eisenberg** (Firma J. A. Reinecke), **Flörsheim a. M.** (W. Dienst), **Kronach** (Ph. Rosenthal u. Co., Fil. Kronach), **Neustadt** bei Coburg (Porzellanfabriken Gebr. Knoch und Heber u. Co.), **Regensburg** (Firma Waffler) für Tellerdreher, **Selb** (Heinrich u. Hertel), **Stadtlengsfeld** (Fa. Schweizer), **Stoßheim** bei Guskirchen (Porzellanfabrik Helbig), **Tillowitz** (gräfl. Frankenberg'sche Fabrik), **Wedendorf** in Westf. (Fa. Gressel u. Co.).
Der Vorstand.

Vom Ziel

Was ist das Ziel der Arbeiterbewegung? Mancher Leser wird verwundert aufschauen, wenn er diese Frage liest. Ist es denn nicht ganz klar, wohin unser Streben zielt? Weiß denn nicht Jedermann, was wir wollen? Und Tausende werden bereit sein, die obige Frage schlagfertig dahin zu beantworten: „Unser Ziel ist die Verbesserung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen“.

Das ist freilich richtig und unbestreitbar. Würde man aber jeden Einzelnen fragen, was er in letzter Linie — als höchstes Ziel — unter dieser Verbesserung verstehe, so würde man die verschiedensten Antworten erhalten.

Unser Ziel ist eben sehr vielgestaltig. Und auch diese Zeilen sollen nur einen kleinen Beitrag zu diesem Kapitel liefern, um die Leser zum Nachdenken in einer bestimmten Richtung anzuregen. Denn jeder Einzelne muß sich die Aufgabe stellen, selbst tiefer in jene Frage einzudringen: wo wollen wir eigentlich hin? Er muß trachten, die Arbeiterbewegung nicht nur in Rücksicht auf die Augenblickserfolge zu würdigen, sondern er

soll den großen Kreis all der Verhältnisse zu erfassen suchen, die sich mit und infolge der Arbeiterbewegung in einer stetig fortschreitenden Umwälzung und Neugestaltung befinden.

Gewisse Gegner haben das Wort aufgebracht von der materialistischen Arbeiterbewegung, welche nur dem Magen dienen wolle, dagegen Geist und Gemüth vernachlässige und verrohe.

Wie verhält sich's damit?

Ist es wirklich der letzte unserer Wünsche, an jedem Sonntage das berühmte Huhn im Topfe zu haben? Sind wir so sehr Sklaven unseres Magens über das normale Maß hinaus, daß wir uns als ideales Reich der Zukunft nur ein Schlaraffenland vorstellen können, in welchem Ströme von Bier und Schnaps fließen und die Spanserkel gekocht und gebraten herumlaufen?

Für sehr oberflächliche Leute — aber auch nur für diese — könnte es beinahe so scheinen. Die hauptsächlichsten Forderungen der Arbeiter sind in der That materieller Natur, namentlich, soweit sie von den Gewerkschaften vertreten werden. Also...?

Also wollen wir die Gewerkschaften auflösen und ethische Theekränzchen gründen?

Nein, das werden wir nicht thun. Wir werden im Gegentheil von unseren Forderungen materieller Natur nicht im mindesten ablassen, sondern sie nach wie vor vertheidigen und ihre Erfüllung erkämpfen.

Wir wissen, daß alle unsere Lebenskraft, die des Leibes nicht nur, sondern auch die des Geistes und der Seele, abhängig ist von unserer physischen (körperlichen) Beschaffenheit und damit zum größten Theile von den Bedingungen, unter denen wir arbeiten, wohnen, uns nähren und kleiden. Unsere Gesundheit, die Länge unseres Lebens — sie haben ihre stärksten Wurzeln in jenen Bedingungen. Und nicht nur wir, auch unsere Angehörigen, Frauen und Kinder, sind durch uns abhängig von den Arbeitsverhältnissen.

Darum ist es das erste und höchste Ge-

bot, diese Arbeitsverhältnisse so günstig wie möglich zu gestalten. Sonst würden wir so handeln wie ein Baumeister, der den Bau eines Hauses beim Dach anfinge. Es ist nicht nur das Recht, es ist die höchste moralische Pflicht der Arbeiter, ihre und ihrer Angehörigen Lebenshaltung gut und gesund zu gestalten und ihre ganze Energie für die diesbezüglichen Forderungen einzusetzen. Die Vernachlässigung derselben wäre ein Verbrechen an Kindern und Kindeskindern.

Aber wir haben doch noch weitere Ziele. Wir sind garnicht so bescheiden, wie man uns glauben machen will. Unsere Sehnsucht macht keineswegs Halt an den Kochtöpfen. Es ist ja eigentlich selbstverständlich, daß der Mensch sich sättigen, sich kleiden, daß er sich ein Dach über den Kopf und ein Kissen unter den Kopf verschaffen kann.

Alles das ist doch das natürliche Fundament jeglichen menschlichen Lebens! Wenn Viele trotzdem daran Mangel leiden, so ist es die fürchterlichste Anlage gegen die heutige Gesellschaft. Erst auf der Grundlage der befriedigten physischen Bedürfnisse kann ein wahrhaft menschliches Dasein sich aufbauen.

Groß ist der Garten des Lebens. Wir wissen, daß nicht nur die nährenden Äpfel an den Bäumen hängen, sondern daß auch Rosen blühen, Vögel singen und Nachtigallen schlagen — zur Freude der Menschenkinder.

Aber zur Freude gehört neben der gesicherten Existenz vor allem Zeit. Darum und aus anderen Gründen erstreben wir die Arbeitszeitverkürzung. Heutzutage ist es so, daß man entweder eine Existenz und keine Zeit oder aber Zeit und keine Existenz hat. Woher soll bei dem Arbeitslosen die Freude kommen? Und woher eine rechte Erholung bei dem, der Tag für Tag, vom Morgen bis zum Abend an seine Arbeitsstelle geschmiedet ist? Was uns heute — so oder so — an wahrer Freude zu Theil wird, ist ein Brocken, Bettlern gereicht.

An wahrer Freude. Darunter verstehen

wir nicht die Talnigenüsse, mit denen das Volk nach Lage der Dinge sich gegenwärtig nun einmal begnügen muß. Wir verstehen darunter auch keineswegs Lustern und ehbare Vogelnester, wie überhaupt keine leiblichen Genüsse. Wir verstehen darunter die besten Darbietungen aus dem für uns meistens verschlossenen Reiche der Wissenschaft und Kunst. Sie zu einem Gemeingut des ganzen Volkes zu machen, das muß unser höchstes Ziel sein.

Da werden freilich gerade die oben bezeichneten Gegner verächtlich lächeln und sagen: „Was soll dem Plebs die Kunst? Was will der Arbeiter mit der Wissenschaft?“ Ja, so eine besonders für uns zugeschnittene, nach Bilderbogenmanier für artige Kinder gemachte Kunst — die würden sie uns zugestehen. Aber die freie Kunst?

Der Besuch mannigfaltiger Veranstaltungen seitens der Arbeiter beweist, wie empfänglich Viele schon unter den heutigen ungünstigen Verhältnissen für solche Darbietungen sind. Gewiß, manche gehen achtlos daran vorüber, aber die Empfänglichkeit würde mit zunehmender Sorgenfreiheit und Gelegenheit sich steigern. Etwas auch läßt sich bei unseren Festen thun, wenn auch nicht allzuviel. Doch das ist ein Thema, von dem wir vielleicht einmal besonders handeln.

Gemeingut können diese edelsten und schönsten Genüsse unter den heutigen Verhältnissen nie werden. Nicht aus Mangel an Sinn dafür — der Sinn findet sich bei guter Anleitung schon —, sondern einfach deshalb nicht, weil die Anforderungen des physischen Lebens fast den ganzen Menschen in Anspruch nehmen.

Was sind wir denn jetzt? Arbeitsflaven, die entweder in eintöniger Weise ihr Dasein verbringen oder von der Noth hin- und hergejagt werden. In den Schulen werden wir statt mit Wissen hauptsächlich mit Bibelsprüchen und Gesangbuchversen vollgepfropft; dann geht's in die Lehre oder sonst zu einer Arbeit von früh bis spät und das Wenige, was des Behaltens werth war, verschwindet unter dem Drucke der Frohn, welcher man dann sein Leben lang geweiht bleibt. So schlimm es ist, daß die einfachsten Existenzbedingungen immer wieder in Frage stehen, es ist fast ebenso schlimm, daß man uns auch geistig beinahe enterbt hat!

Was hat — auch ohne leibliche Noth — ein Dasein für einen Sinn, für einen Werth, das seine ganze Zeit zwischen Plage, Sättigung und Schlaf theilen muß? So lange dies der Fall ist, sind wir nicht Menschen in des Wortes bester Bedeutung und alle Redensarten von unserer angeblich schon heute bestehenden „Gleichberechtigung“ sind Lüge, sind Wind, auf unsere Täuschung berechnet; so lange sind wir nur Werkzeuge in den Händen und für die Zwecke Anderer, welche den ganzen Erdball in Generalpacht genommen haben.

Man könnte einwenden, daß so hochstrebende Bedürfnisse nur erst in verschwindendem Maße unter den Arbeitern vorhanden sind. Das mag richtig sein, es erklärt sich ja auch leicht aus dem bisher Gesagten. Aber wie wir der materiellen Verelendung entgegengetreten und das Recht jedes Menschen auf ein auskömmliches Dasein propagiren, so müssen wir auch die „verdammte Bedürfnislosigkeit“ in geistiger Hinsicht bekämpfen. Es giebt nicht nur eine wirtschaftliche Sklaverei, es giebt auch eine geistige Unfreiheit. Beide hängen nicht immer nothwendig zusammen. Aber es mag einer geistig noch so frei sein, was nützen ihm die höchsten Bedürfnisse, wenn er alle Kraft für die Stillung der leiblichen Nothdurft ausgeben muß? Und in

dieser Lage befindet sich doch fast ein Jeder von uns.

Das darf aber nicht hindern, gelegentlich einen Blick über den Zaun zu werfen, in jenen Garten, der für uns nur in seltenen Stunden oder garnicht geöffnet ist.

Und wenn wir im Anfange fragten: was ist unser Ziel? so können wir nun wohl antworten: unser Ziel ist die völlige Menschwerdung, ist die Abstreifung aller Fesseln, welche uns in irgend einer Hinsicht gefangen halten und uns ausschließen von dem Mitgenuß des Besten.

Ein ferne Ziel wohl. Aber es kann unserm Leben schon jetzt einen schönen Inhalt geben. Und auch ferne Ziele werden von tüchtigen Seefahrern erreicht.

G. Pr.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

An die Zahlstellen-Verwaltungen.

Bisher ist es im Verbands-Bureau üblich gewesen, bei allen ungenügend oder unfrankirt eingehenden Zuschriften das Strafporto ohne Weiteres zu tragen, in der Annahme, daß es sich um ein ausnahmsweises Versehen bei Absendung der betreffenden Briefe handelt, und um unliebsame Verzögerungen zu vermeiden, wie solche durch die Annahme-Verweigerung diesbezüglicher Zuschriften entstehen müssen. Nachdem aber die Zahl der mit Strafporto belastet eingehenden Briefe fortgesetzt im Steigen begriffen ist und diesbezügliche schriftliche Erinnerungen von seiten einzelner Verwaltungen vollständig unbeachtet geblieben sind, ist das Bureau sich dahin schlüssig geworden, in Zukunft bei allen mit Strafporto eingehenden Zuschriften in jedem Falle die Annahme zu verweigern. Die hieraus entstehenden Folgen müssen der Verantwortung der Absender überlassen bleiben. Diejenigen Zahlstellen-Verwaltungen, welche nicht im Besitze von Briefwaagen sind, wollen solche umgehend beim Verbandskassirer bestellen. Bezüglich der Frankatur sei in Erinnerung gebracht, daß Briefe bis zu 20 Gramm Gewicht mit 10 Pfennigen und über 20 bis 250 Gramm mit 20 Pfennigen in Post-Verthzeichen zu frankiren sind.

Das Verbandsbureau.

Aufforderung.

Gemäß § 34, Absatz 4 des Verbandsstatuts werden folgende Zahlstellen zur **sofortigen** Einsendung der Abschlüsse und Gelder pro **4. Quartal 1902** aufgefordert: Frankfurt a. D., Schwelm, Stadtlengsfeld, Unterweißbach, Wiesau.

W. Herden, Verbandskassirer.

Aufforderung.

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung in Nr. 2 der Ameise d. J. werden folgende Zahlstellen zur **sofortigen** Einsendung der **Verdienstlisten** aufgefordert:

Althaldensleben, Berlin-Moabit, Charlottenburg, Coburg, Eisenberg, Farge, Freienorla, Hermisdorf, Hirschberg, Hohenberg, Hüttensteinach, Kahla, Königszelt, Köppelsdorf, Lauf, Magdeburg, Martinroda, Meuselbach, Neustadt, Nürnberg, Probstzella, Rudolstadt, Schmiedefeld, Schwelm, Suhl, Uhlstädt, Unterweißbach, Wegesack, Waldenburg. W. Herden, Verbandskassirer.

Berichtigung: In der Quittung über eingefandte Kautionen im 4. Quartal 1902 in Nr. 9 der Ameise, soll es nicht heißen Uhlstädt 7,16 Mark, sondern **Uhlstädt 5,74 Mk. und Rauhütte 1,42 Mk.**

51. Vorstandssitzung vom 3. 3. 1903.

Zarges fehlt mit Krankheit entschuldigt.

Von Eisenberg wird berichtet, daß bei Firma Reinecke, die s. Zt. mit der Firma getroffenen Vereinbarungen von Letzterer nicht in allen Punkten innegehalten werden und soll dieserhalb eine Kommission bei der Firma vorstellig werden; der Vorstand ist hiermit einverstanden und wartet zunächst einen Bericht hierüber ab. — Berichte von Zell und Sarstedt über drohende Differenzen werden vorläufig zur Kenntniß genommen und weitere in Aussicht gestellte Berichte abgewartet. — Ein Situationsbericht von Breslau ist mit Kenntnißnahme erledigt; bezüglich der Verwendung von Geldern, welche am Ort für die Ausgesperrten aufgebracht werden, werden der Verwaltung diesbezügliche Direktiven gegeben. — Unterstützung über die statutarische Höchstdauer hinaus für das Mitglied 17 388, dessen Arbeitslosigkeit mit der Aussperrung nicht in Verbindung steht, wird abgelehnt. — Bezüglich von Kronach beantragter Weiterunterstützungen wird definitive Beschlußfassung vertagt und Recherche beschlossen. — Ein Antrag des Mitgliedes 18 694 Neustadt wird vertagt und die Erledigung desselben unter bestimmten Voraussetzungen dem Bureau überwiesen. — In Unterstützungssache 19 569 J. Imenau wird Recherche beschlossen; die beantragte Unterstützung nach § 1 Abs. 6 des U.-N. für die Mitglieder 9180 u. 11 292 wird abgelehnt und einfache Unterstützung bewilligt. — Der Zahlstellenkassirer in Fraureuth fragt an, warum den ausgeschiedenen Mitgliedern das Organ nicht weiter geliefert wird, eventuellen Falles will derselbe die Organbeiträge für diese Mitglieder pro 1. Quartal 1903 vom Kassenbestand einbehalten. Beschlossen wird, mitzutheilen, daß das Organ nur dann weitergeliefert wird, wenn der Bezugspreis für Nichtmitglieder entrichtet wird, resp. gegen Nachzahlung von 1,50 Mk. pro Person; sofern der Kassenbestand nicht vollständig eingekandt wird, so wird der Kassirer für das Defizit haftbar gemacht. — Die Zahlstellen Lettau und Schauberg werden aus Zweckmäßigkeitsgründen dem 13. Agitationsbezirk zugetheilt und die Zahlstelle Coburg dem 12. Bezirk. — Die beantragte Weiterunterstützung für das Mitglied 11 577 Wittenberg wird abgelehnt. — Die Zahlstelle Tiefenfurt wendet sich gegen den Vorstandsbeschuß, die Verwendung der Gelder des 8 pCt.-Fonds der Zahlstellen betreffend und wünscht Abänderung desselben; dies wird abgelehnt. Nachdem die Generalversammlung dem Vorstand die Berechtigung gegeben, Ausgaben, welche nicht im Verbandsinteresse liegen, zurückzuweisen, muß der Vorstand auch als die entscheidende Instanz darüber gelten, welche Ausgaben im Verbandsinteresse gelegen sind und welche nicht. — Die Zahlstelle Roßlau beantragt die Bewilligung eines geringen Betrages zu Bibliothekszwecken aus Verbandsmitteln oder aus dem 8 pCt.-Fond der Zahlstelle; dem Letzteren wird zugestimmt. — Die Zahlstelle Sondershausen beantragt, in der Angelegenheit des ausgeschiedenen Mitgliedes Rünterling, daß von Seiten des Vorstandes von Neuem recherchiert werden möge; dies wird abgelehnt. Es muß dem A. selbst überlassen bleiben, die Beweismittel zu beschaffen, sofern derselbe vermeint, sich rechtfertigen zu können. — Auf Antrag der Zahlstelle Eisenberg, den Arbeitsnachweis betreffend, wird unter Bezugnahme auf § 11 Abs. 2 des U.-N. daß Mitglieder, welche mit Umgehung des Arbeitsnachweises in G. in Arbeit treten, Jahr- und Umzugsgelder nicht erhalten, in eventuellen Fällen kann auf besonderen Antrag der Zahlstelle Ausschluß erfolgen. — Ein Antrag der Zahlstellen Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Hamm und Solingen auf Errichtung eines gemeinschaftlichen Arbeitsnachweises wird zur Kenntniß genommen; Diskussion und Beschlußfassung wird in Rücksicht auf die Geschäftslage vertagt. — In Rechtschussache 18 477 Tiefenfurt wird die Einlegung der Berufung abgelehnt.

G. Wollmann,
Vorsitzender.

J. Schneider,
Schriftführer.

52. Vorstandssitzung vom 10. 3. 1903.

Entschuldigt fehlt Welzel; Zarges ist krank.

Nach Bericht von Eisenberg ist von Seiten der Firma Reinecke einer Kommission gegenüber, welche anläßlich der Entlassung zweier Mitglieder vorstellig geworden, geäußert, daß in nächster Zeit eine Revision der Akkordpreise stattfinden würde. Zudem solche „Revisionen“ in den allermeisten Fällen nicht zu Gunsten der Arbeiter ausfallen und gleichbedeutend mit „Redaktionen“ sind, wird beschlossen, die Sperre über diese Firma zu verhängen. Bezüglich der erfolgten Entlassungen wird Maßregelung als nicht erwiesen erachtet und die beantragte Differenz-Unterstützung abgelehnt; einfache Unterstützung wird bewilligt. — Ein Bericht von Darmstadt wird vorläufig zur Kenntniß genommen. — Im Anschluß an einen Bericht von Zell a. S. wird beschlossen,

der Zahlstelle nahe zu legen, wegen erfolgter Entlassungen bei Firma Schaaff noch einmal vorstellig zu werden. — In der Rechtsschutzsache 32417 und Genossen *Breslau* wird Beschlussfassung bezüglich Einlegung der Berufung verlagt, bis nach Eingang eines schriftlichen juristischen Gutachtens. In der Klagesache 32418 und Genossen wird Beschlussfassung über weiteren Rechtsschutz bis nach Eingang des schriftlichen Urtheiles verlagt. — Nach Bericht von *Sarstedt* sind die schwebenden Differenzen als vorläufig erledigt zu betrachten. — Von *Rronach* beantragte Weiterunterstützungen werden bewilligt, soweit der Nachweis erbracht ist, daß die Bestimmungen des § 10 U.-N. erfüllt sind; soweit dies nicht der Fall ist, erfolgt Ablehnung. — Zuschriften von *Dresden*, *Freiwalda*, *Magdeburg*, *Schönwald* und *Selb* werden zur Kenntniß genommen. — Von *Neustadt* beantragte Weiterunterstützungen werden abgelehnt. — Das auf Reisen befindliche Mitglied 27941 beantragt Unterstützung über die statutarische Höchstdauer hinaus; dies wird abgelehnt. — Einigen Mitgliedern in *Wegesack*, welche von der Aussperrung auf der Bremer Schiffswerft „*Vulkan*“ mit betroffen wurden, wird für diese Zeit Unterstützung nach § 1 Abs. 6 U.-N. bewilligt. — Dem Mitglied 12020 *Schney* wird noch Unterstützung im Bedarfsfalle bis zum 21. 3 bewilligt. — In Unterstützungssache 29661 *Rürnberg* wird Beschlussfassung verlagt. — Die beantragte Unterstützung nach § 1 Abs. 6 U.-N. für das Mittgl. 23568 *Suhl* wird abgelehnt und einfache Unterstützung bewilligt unter der Voraussetzung, daß die noch notwendige Rückfrage dies nicht unmöglich macht. — Die Zahlstellen *Düsseldorf*, *Röln*, *Chrenfeld*, *Duisburg*, *Ham* und *Eberfeld* beabsichtigen, einen gemeinschaftlichen Arbeitsnachweis für Emailmalerei zu errichten. Obwohl der Vorstand diesem Projekt an sich sympathisch gegenüber steht, wird es für notwendig erachtet, die in Frage kommenden Zahlstellen auf eine Reihe von Umständen aufmerksam zu machen, welche bisher von diesen offenbar nicht in Ermägung gezogen wurden, und zur erneuten Diskussion zu empfehlen. Beschlussfassung wird bis nach diesbezüglicher Rückäußerung der Zahlstellen versagt. —

G. Wollmann,
Vorsitzender.

F. Schneider,
Schriftführer.

Aus unserem Berufe.

— Der **Arbeitsnachweis** der Zahlstelle Berlin II befindet sich bei Carl Freiesleben, Drantienstr. 16, v. IV. Wer von außerhalb mit Umgehung des Arbeitsnachweises Stellung in Berlin annimmt, verletzt seine Ansprüche auf Fahrkosten und Unterstützung, eventuell kann die Bestimmung des § 6 des Verbandsstatuts (Pkt. 1) in Anwendung gebracht werden. Es wollen sich die Kollegen, die gerne die Glückseligkeiten des großstädtischen Lebens genießen möchten, demnach also recht versehen, daß sie mit den oben angedeuteten Bestimmungen nicht in Konflikt gerathen. Im Allgemeinen sei bemerkt, daß z. Bt. im Arbeitsnachweis eine größere Anzahl arbeitslose Kollegen eingetragen sind und sofern die verlangten Kräfte für spezielle Fächer darunter nicht vorhanden und Arbeitsangebote nicht befriedigt werden können, so würde der Arbeitsnachweisinhaber gezwungen sein, durch Inserat die verlangten Arbeiter zu suchen.

Mehr oder weniger ist in Berlin die ganze Malereikunst auf „*Saison*“ zugeschnitten, von einer normalen Beschäftigung durch's ganze Jahr kann nur in sehr wenigen Metiers die Rede sein. Zu diesen allgemeinen Verhältnissen haben wir heute einen besonderen Fall den Kollegen von außerhalb zur geeigneten Berücksichtigung vorzuführen.

Die Firma **Herm. Heim**, Berlin N., Chausseest. 67, fabrizirte seit ca. 1 1/2 Jahren Majolikawaaren, ebenso betrieb sie die Porzellanmalerei, es wurde zumeist Hotelgeschirr gefertigt. Das Geschäft sollte am 1. April aufgelöst werden; die dort thätigen Beamten und Arbeiter wurden gekündigt. Der Termin der Geschäftsaufgabe hat sich nun verschoben bis zum 1. Juli, es sind noch größere Posten in Auftrag genommen worden, so daß wohl mehrere Maler noch gebraucht werden. Die

Firma wird jedenfalls versuchen, durch Inserate von außerhalb Leute zu bekommen. Wird den Betreffenden gleich mitgetheilt, daß das Engagement nur ca. 1/4 Jahr dauert, so wäre an und für sich wenig dazu zu sagen, sofern natürlich unsere Mitglieder die oben angedeuteten Bestimmungen beachten. Unterläßt aber die Firma dies, so mögen diese Zeilen den eventuellen Gesuchen derselben gegenüber zur Aufklärung dienen. Wir haben Kenntniß von der Sachlage durch z. Bt. dort beschäftigte Kollegen erhalten und wir könnten mit Recht für unangenehme Folgen mitverantwortlich gemacht werden, die sich aus solchen Engagements auf kurze Zeit ergeben, wenn wir die Kollegen nicht vorher auf die Sachlage aufmerksam machen. Also Vorsicht!

— Porzellanfabrik **Triptis** i. Thüringen ächtet bekanntlich Berliner Verbandsmitglieder und es ist infolgedessen für unsere Mitglieder derart gesperrt, daß, wer trotzdem dort in Arbeit tritt, er dies auf sein Risiko thut und keinen Anspruch auf Fahrkosten noch Arbeitslosenunterstützung hat. Die Geschäftsleitung behauptete s. Z. uns gegenüber, daß sie sich unter der Sperre sehr wohl befinde, na, daran zweifeln wir nicht. Ob auch die dort beschäftigten Arbeiter, die entweder vollständig auf das Koalitionsrecht verzichten oder den Verzicht, der Noth, nicht dem eigenen Triebe gehorchend, heucheln, sich wohl bei den Arbeitsverhältnissen, insbesondere Verdiensten, befinden, ist eine andere Sache. Vielleicht erfahren wir demnächst einmal darüber etwas.

So ganz leicht scheint die löbliche Fabrikleitung Arbeiter nun aber doch nicht zu bekommen; wir glauben, daß jene Unternehmer, deren Fabriken nicht gesperrt sind und die in den Fachblättern Leute suchen, so viel Angebote erhalten, daß sie nicht alle berücksichtigen können, bei Triptis muß das seinen Haken haben.

Der „*Sprechsaal*“, die „*Keramische Rundschau*“ genügen nicht zum Inseriren, man geht etwas weiter und zwar nach Böhmen. Der „*Nordböhmische Volksbote*“ theilt mit, daß obige Firma das gleiche Inserat mit dem gleichen Nachsatz, „die dem Berliner Verbands nicht angehören“, in dem „*Münchener Anzeiger*“ veröffentlicht hat und warnt der „*Volksbote*“ die böhmischen Kollegen, in Triptis Arbeit zu nehmen. In Deutschland scheint die Firma also nicht mehr so leicht Arbeitskräfte zu bekommen oder spekulirt man am Ende darauf, daß die böhmischen Kollegen noch billiger als die deutschen arbeiten?

Gleichviel, die Fabrik will nur Arbeiter, die ihr heiligstes Recht nicht in Anspruch nehmen dürfen, und darauf sollten sowohl die deutschen als auch österreichischen Kollegen die gebührende Antwort geben. Die in Triptis Arbeitenden wären allerdings noch viel eher verpflichtet, ihrer Geschäftsleitung den § 152 der Gewerbe-Ordnung unter die Brille zu halten.

— **Zell a. S.** Wie aus Nr. 10 der „*A.*“ zu ersehen war, wurde den Becher- und Schalendreher in der Schaaff'schen Fabrik eine Lohnreduzierung von 7 bis 17 pCt. angekündigt. Diese Reduzierung der Löhne bei Bechern und Schalen, welche so schon bei den theuren Lebensverhältnissen hier als niedrige zu bezeichnen sind, hätten bei einigermaßen festem Zusammenhalten seitens der Betroffenen zurückgewiesen werden können. Die Furcht hinauszufliegen, sowie schöne Versprechungen seitens der „*Oberen*“, welche aber wohl nicht in Erfüllung gehen werden, haben hier gestegt, und gaben die Becherdreher in letzter Versammlung die Erklärung ab, zu den reduzirten Preisen zu arbeiten.

Die Schalendreher, welche sich zweigerten billiger zu arbeiten, erhielten ihre Kündigung. (Es betrifft dies einen Dreher und einen Lehrling.) Man hatte nicht geglaubt und dieses nicht erwartet, daß Mitglieder, welche schon jahrelang dem Verbands angehören und auch schon an leitender Stelle für denselben gewirkt haben, eine solche Reduzierung annehmen würden. Oder sollten am Ende die Verdienste hier doch noch als sehr gute zu bezeichnen sein, daß man auch noch mit ein paar Mark weniger Verdienst sein Auskommen findet? Da durch die statistischen Bogen die Durchschnittsverdienste festgestellt sind und dieselben bei Becherdreher 20,36 bzw. 19,— Mk. und bei den Schalendreher 16,83 bzw. 10,94 Mk. betragen, hätte man doch glauben sollen, daß sich die Betroffenen die ohnehin geringen Verdienste nicht noch mehr herunterdrücken ließen. Durch die Annahme dieser Reduzierung kann es nicht ausgeschlossen sein, daß Herr Schaaff eine weitere kräftigere Reduzierung folgen lassen wird, aber hoffentlich wird dann bei den Zeller Mitgliedern eine bessere Erkenntniß Platz gegriffen haben, warum sie organisiert sind und dann einig und geschlossen Mann für Mann dieselbe zurückweisen.

Im Anschluß hieran wollen wir auch einmal die in der Schaaff'schen Fabrik bestehenden Uebel- bzw. Mißstände öffentlich besprechen, damit die Kollegen bei eventuellen Gesuchen der Firma wissen, wie es in dieser Fabrik im „*Musterländle*“ Baden mit den Einrichtungen und Verhältnissen beschaffen ist. So befinden sich in keinem Dreheraale abgesonderte und getrennte Ankleideräume, vielmehr ziehen sich männliche wie weibliche Arbeiter da nebeneinander aus und an, wo sie arbeiten. § 120b der Gewerbe-Ordnung scheint für den Unternehmer auch bloß auf dem Papier zu stehen und möchte hierdurch die badische Fabrikinspektion darauf aufmerksam gemacht werden, damit endlich einmal der Sittlichkeit entsprechende Ankleideräume geschaffen werden. Ebenso verhält es sich mit den Waschanrichtungen, solche existiren hier auch nicht. Was das Messgeldbezahlen anbelangt, so wird man ein solches Verfahren, wie es hier herrscht, wohl in keiner zweiten Fabrik mehr antreffen. Das Messgeld wird hier nicht nach Prozenten vom Verdienst, sondern nach dem Verbrauch derselben bezahlt. So kommt es vor, daß man bis zu 18 pCt. vom Verdienst für Masse bezahlen und man dieselbe erst extra noch einmal nachschlagen muß. Auch müssen die Dreher ihre Formen selber tragen und das Wasser, welches sie zum Verarbeiten benötigen, vom Hofe selbst heraufholen. Der größte Uebelstand, welcher hier existirt, ist der Defektabzug. Es wird hier für alles, was aus dem Ofen kommt und einen Fehler hat, dem Dreher vom Arbeitslohn abgezogen, unbekümmert darum, ob derselbe daran schuld ist oder nicht. Bei den Zellerdreher herrscht sogar dreifacher Defektabzug. Abzüge bis zu 5 Mark in einer Woche sind hier öfters zu verzeichnen. Gelehrt wird wöchentlich einmal (Samstag). Was die Verdienste im Allgemeinen anbelangt, so ist durch die statistischen Fragebogen festgestellt, daß dieselben den theueren Lebensverhältnissen in Zell gegenüber, als keine allzuguten zu bezeichnen sind.

Es ließe sich noch viel mehr über die Verhältnisse hier schreiben, aber im Vorstehenden wollten wir den Kollegen einstweilen die größten Mißstände vor Augen führen, damit sie die Firma Karl Schaaff mit Arbeitsangeboten verschonen, denn sie würden es schwer büßen müssen, hier in Arbeit getreten zu sein.

C. M.

Soziales, Gewerkschaftliches etc.

— **Die Forderung weiblicher Gewerbeaufsicht vor dem braunschweigischen Landtag.** Anfang Februar mußte sich die braunschweigische „Landesversammlung“, ein siebenmal gestiebes Geldsackparlament, mit der Frage der Heranziehung von Frauen zur Fabrikinspektion beschäftigen. Der Anstoß dazu war gegeben worden durch eine Petition des Gewerkschaftsartikels zu Braunschweig, das in Uebereinstimmung mit gewerkschaftlichen Organisationen und Versammlungen zu Wolfenbüttel, Braunschweig, Fürstenberg a. W., Haffelfelde, Blankenburg a. S., Helmstedt und Harzburg eine Reform der Gewerbeaufsicht des Herzogthums gefordert hatte. Nach der Petition sollte § 3 der Dienstanweisung für Gewerbeaufsichtsbeamte derart geändert werden, daß eine entschiedene Durchführung der vom Reiche und von Bundesrathsverordnungen geschaffenen Arbeiterschutzbestimmungen gesichert würde. Des weiteren wurde die Verleihung ortspolizeilicher Befugnisse an die Gewerbeaufsichtsbeamten in Ausübung ihres Amtes gefordert, so daß es ihnen möglich sei, auch Verfügungen zu erlassen, welche eventuell im Wege administrativen Zwanges durchgeführt werden. Schließlich verlangte die Petition, „den Gewerbeaufsichtsbeamten eine Gehilfin mit Beamtenqualifikation zur Seite zu stellen, welche ihre Thätigkeit besonders in Betrieben mit weiblichen Arbeitern auszuüben hat, wie es in anderen Bundesstaaten schon geschieht, und daß hierzu ein höherer Posten in den Etat für Fabrikinspektion eingestellt wird.“ Die drei Forderungen waren von der Vertretung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen des Herzogthums trefflich und sachlich begründet worden. Welches geringe Verständnis für die Interessen der Lohnarbeitenden im Landtag zu erwarten war, das gelangte schon dadurch zum Ausdruck, daß die mit Prüfung der Petition beauftragte gewerblich-technische Kommission beschlossen hatte, den Uebergang zur Tagesordnung über die zwei erstgenannten Forderungen der Petition zu beantragen. Und das Plenum der Gesetzgeber brachte nicht einmal die kleine Dosis Einsicht auf, welche jene Kommission dadurch bekundet hatte, daß sie empfahl, die Anstellung einer Hilfsbeamtin der Gewerbeaufsicht dem Ministerium zur wohlwollenden Erwägung zu überweisen. Mit geringer Mehrheit wurde dieser Antrag verworfen. Klarer noch als dieser Beschluß kennzeichnen aber die vorausgegangenen Debatten das niedrige sozialpolitische Niveau des braunschweigischen Landtags. Wenn man die Reden liest, mit welchen die Abgeordneten Nieß und Lambrecht die Anstellung einer Assistentin der Gewerbeinspektion bekämpften, so fühlte man sich nicht bloß in jene Jahre zurückversetzt, wo die entsprechende Forderung auch das letzte Whilisterhaar zu einem Sträuben des Entsetzens brachte, sondern bis zu den Zeiten des Sozialistengesetzes, wo des seligen Buttamer Geist oder richtiger Ungeist über den Gemässern der Sozialpolitik von oben schwebte. Von sachlichen Gründen gegen die dringend nötige Reform auch nicht die leiseste Spur. Herr Nieß, in dessen Person sich offenbar das industrielle Scharfmacherthum gar lieblich mit zöpfiger Innungsmeierei paart, warnte zähnelappernt: „Man muß sich bei solchen Sachen aufs allernothwendigste beschränken nach dem Sprichwort: Reich dem Teufel ein Haar, so hat er dich bald ganz und gar.“ Des weiteren verstieg er sich zu der ebenso unwareren als unverstörten Behauptung, die

Petition „rührt nicht von Braunschweig, sondern von der Generalkommission in Hamburg her, deren Mitglieder sich ihren Gehalt verdienen müssen, sonst werden sie kalt gestellt.“ Natürlich fehlte schließlich nicht die Aufforderung zu frisch-fröhlicher Haß gegen die „sozialdemokratische Agitation der Gewerkschaften“. Herr Lambrecht begründete seine grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Heranziehung von Frauen zur Fabrikinspektion mit dem Bierbankwischen: „In Familien könnten Frauen wohl das Kommando führen, aber zu Aufsichtsbeamten seien sie ungeeignet. Ihr Beruf sei die Familie.“ Als Nebenargumente machte er geltend, die Arbeiterinnen wollten gar keine weiblichen Beamten, und es sei sehr schwierig, eine geeignete Persönlichkeit als Assistentin zu finden. Was die erstere Behauptung anbelangt, so hat sich Herr Lambrecht diese in völliger Unkenntniß der Thatsachen aus den Fingern gezogen. Was die letztere anbetrifft, so beweist sie keineswegs Unmöglichkeit der begehrten Neuerung, sondern mahnt nur die Regierung, bei Wahl beziehungsweise Anstellung einer Beamtin sich von vorurtheilsloser, sozialpolitischer Einsicht in Aufgaben der Inspektion und nicht von Nebenrücksichten leiten zu lassen. Geschieht das, so sind die Schwierigkeiten wohl zu überwinden, wie die Erfahrung in anderen Ländern dargethan hat. Die Abgeordneten Jüdel und Schmidt, sowie der Minister Hartwig traten den verständnißlosen Ausführungen entgegen. Abgeordneter Schmidt erklärte die Anstellung einer Assistentin für berechtigt. Herr Jüdel führte aus, daß die Kommission auf Grund eingehender Erwägungen zu ihrem Beschluß gekommen sei. In Betrieben, wo Arbeiterinnen beschäftigt werden, könnten sich ohne Zweifel Mißstände entwickeln, zu deren Beseitigung ein weiblicher Aufsichtsbeamter nothwendig sei. Der Antrag entspreche nur einem berechtigten Wunsche der Arbeiterinnen. Staatsminister Hartwig anerkannte unumwunden, daß die Gewerbeaufsicht auf die Dauer nicht mit zwei Beamten auskommen könne. Die Regierung überlasse die Entscheidung über die Anstellung einer Beamtin dem Landtag. Man müsse sich die Erfahrungen zu nutze machen, die man betreffs der Thätigkeit von Assistentinnen anderwärts gesammelt habe. Wo man eine tüchtige Persönlichkeit für das Amt gefunden, da habe man mit der weiblichen Gewerbeaufsicht gute Erfahrungen gemacht, wo dies nicht der Fall war, sei es schlecht gegangen. Die Mehrzahl der Landtagsabgeordneten erwies sich als unbelehrbar. Sie hatte kein Verständnis für die Thatsache, daß 1900 im Herzogthum von 1224 inspektionspflichtigen Betrieben nur 387 revidiert wurden, das ist 31,62 Prozent. Sie verschloß sich gegen die Erkenntniß, daß die 8040 Arbeiterinnen, die 1900 in revisionspflichtigen Betrieben beschäftigt waren und 22,10 pCt. der gesammten Arbeiter ausmachten, Anspruch auf eine Berücksichtigung ihrer Wünsche haben. Daß von einer solchen Berücksichtigung nicht die Rede sein kann, solange von der angeführten Zahl der Arbeiterinnen nur 1829 eine Revision ihrer Betriebe erfahren — wie dies im genannten Jahre der Fall war — liegt auf der Hand. Der braunschweigische Landtag hat mit seinen Debatten und seinem Beschluß, die weibliche Fabrikinspektion betreffend, dem Reformverständnis und dem Reformwillen der besitzenden Klassen ein Armuthszeugniß ohne gleichen ausgestellt.

Zwei weitere Vertrauenspersonen der Arbeiterinnen zur Uebermittlung von Beschwerden an die Fabrikinspektion sind kürzlich in Württemberg vom

Fabrikarbeiterverband bestellt worden. Für die Arbeiterinnen von Zuffenhausen wurde Frau Emma Meiner, Böhringerstr. 28, als Vertrauensperson gewählt, für die Arbeiterinnen von Cannstatt Fräulein Luise Beck, Grabenstraße 6. I. Beiden Beauftragten steht ein großes Thätigkeitsfeld offen, da in Zuffenhausen und Cannstatt zahlreiche Arbeiterinnen beschäftigt sind, beziehungsweise wohnen. Hoffentlich gelingt es den Vertrauenspersonen, in geschickter Vertretung der Arbeiterinneninteressen das ihrige zur Durchführung des Arbeiterschutzes und zur Beseitigung drückender Mißstände im Arbeitsverhältniß beizutragen.

— **Das Berliner Gewerkschaftshaus** versendet soeben seinen ausführlichen Geschäftsbericht über das Jahr 1902. Auch in diesem Jahr war, wie im Vorjahr ein Verlust von ca. 10 000 Mk. zu buchen, indem einem Brutto-Ueberschuß von etwa 4000 Mark Abschreibungen in Höhe von über 14 000 Mk. gegenübergestellt werden mußten. Seitens der Geschäftsleitung wird die Fortdauer der Krise in erster Linie als Grund für dieses Ergebnis angeführt. Ihre Wirkung zeigt sich im Restaurant und in der Herberge, der Bierumsatz des Restaurants (Schultheiß) betrug im Monat durchschnittlich 237,8 Hektoliter gegen 237 Hektoliter im Vorjahre, während er in den 8 Monaten von 1900 durchschnittlich 284,7 betragen hatte. In der Herberge ist die Zahl der Zugereisten gegen 1901 nur von 12 403 auf 12 930 gestiegen, die Zahl der Uebernachtungen sogar von 57 504 in 1901 auf 56 058 gesunken. — Die Zugereisten hielten sich nur kurze Zeit auf; so blieben 15 117 Betten unbelegt gegen 14 036 im Vorjahre. Hebt sich der Verkehr im Restaurant und in der Herberge auch nur auf die Höhe des ersten Geschäftsjahres, so hörte die Verlustwirthschaft sofort auf. Dafür, daß wirklich die Krise das maßgebende Moment auch für das Betriebsergebnis des Gewerkschaftshauses ist, spricht auch die Statistik der Herbergsgäste nach Berufen. Während die Gewerkschaften im Allgemeinen ihre Zugereisten immer mehr an das Gewerkschaftshaus gewöhnen, so daß die Zahlen für ihren Beruf steigen, so Zimmerer von 209 auf 346, Buchdrucker von 1103 auf 1174, Tapezire von 252 auf 306, Maurer von 312 auf 751, sehen wir in den beiden Branchen, die von der Krise wohl am schwersten getroffen waren, bei den Metallarbeitern und Holzarbeitern, eine starke Abnahme; während 1901 in der Herberge 1731 Metallarbeiter und 1790 Holzarbeiter zureisten, sanken diese Zahlen auf 1387 resp. 1351. Die Badeanstalt gab an die Herbergsgäste 13 959 Bäder zum Preise von 5 Pf. pro Bad, einschließlich Seife und Handtuch, ab. Wie aus dem Geschäftsbericht zu ersehen ist, sind nunmehr außer den Betten zu 75 Pf. (2 Betten in einem Zimmer) auch Einzelzimmer zum Preise von 1,50 Mark eingerichtet, um auch solchen Genossen die Möglichkeit des Uebernachtens zu geben, die nicht als Handwerksburschen reisen. Für letztere stehen 88 Betten zu 40 Pf., 53 zu 50 Pf. und 24 zu 60 Pf. zur Verfügung. Bemerkenswert sei noch, daß im abgelaufenen Geschäftsjahr 42 Porzellanarbeiter in der Herberge des Gewerkschaftshauses übernachteten.

Die Tabakarbeiter-Genossenschaft hielt am 11. März in Ried's Klub- und Ballhaus ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der Geschäftsführer von Elm erstattete zunächst den Geschäftsbericht. Nach demselben hat sich der Absatz im letzten Jahr um 35 pCt. gegenüber dem Vorjahre gesteigert; im Jahre 1902 wurden im Ganzen 8400 Mill.

Zigarren verkauft. Den wesentlichsten Antheil in der Steigerung des Absatzes haben die Konsumvereine, welche 1901 für nur 110 000 Mk., 1902 dagegen für annähernd 170 000 Mk. Waaren bezogen. In Hamburg hat sich der Absatz der „Produktion“, welche ausschließlich Zigarren von der Tabakarbeitergenossenschaft bezieht, von 15 000 Mk. auf 20 000 gesteigert, in den übrigen Verkaufsstellen der Tabakarbeitergenossenschaft in Hamburg hat sich der Absatz auf gleicher Höhe wie im Vorjahre erhalten. In Berlin hat sich der Absatz in den dortigen Verkaufsstellen nahezu verdreifacht, derselbe stieg von 16 000 Mk. auf 45 000 Mk.; dazu kommt dann noch der Absatz an die verschiedenen Berliner Konsumvereine im Betrage von 14 452 60 Mk. Auch an mehreren anderen Hauptplätzen des Inlandes hat sich der Absatz wesentlich vermehrt. Die Steigerung des Absatzes entfällt hauptsächlich auf zwei Preislagen — auf die gangbarsten billigsten Zigarren, von welchen 80 pCt. mehr als im Vorjahre abgesetzt wurden, und auf die Mexikozigarren, bei welchen der Absatz sich verfünffachte. An Behältern, Spesen und sonstigen Unkosten wurde durch die bedeutende Steigerung des Absatzes im Durchschnitt pro Milli eine wesentliche Ersparniß erzielt und zwar von 1,20 Mk.; trotz alledem ist das Geschäftsergebniß kein gleich günstiges wie im Vorjahr. Während den Konsumenten im letzten Jahre eine Rückvergütung von 3 pCt. auf die von ihnen gezahlten Preise und den Arbeitern 3 pCt. Zuschlag auf die ihnen gezahlten Löhne gezahlt werden konnten, können in diesem Jahre an Waarenrückvergütung und Lohnzuschlag nur 2 pCt. gewährt werden. Die Ursache hierfür liegt in den ungünstigen Verhältnissen auf dem Tabakmarkt. Für gute qualitätsvolle Sumatra-, Java- und Braßilabake mußten weit höhere Preise als früher angelegt werden; gute Mexiko- St. Andrestabake standen hoch im Preise und waren quantitativ wenig ergiebig. Für die billigen und für die Mexikozigarren mußte deshalb in diesem Jahre eine Preiserhöhung festgesetzt werden. Die von Jahr zu Jahr immer größer werdende Steigerung des Absatzes sei hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die gesammte Kundschaft mit den angebotenen Fabrikaten durchaus zufrieden gewesen wäre und werde die Geschäftsleitung auch in Zukunft an dem Grundsatz festhalten, die zirka 150 verschiedenen Sorten der von der Genossenschaft geführten Zigarren in gleicher Güte wie bisher fertig stellen zu lassen. Der Mehrung des Absatzes entsprechend hätten mehr Räume hinzugemietet werden müssen; in der Hamburger Fabrik seien die vorhandenen Fabrikräume voll ausgenutzt, in der Frankfurter Fabrik sei noch Raum für 10 Arbeiter verfügbar. Beschäftigt wurden in Hamburg 72 Personen, in Frankfurt 110. Von Elm erörtert sodann die Kreditverhältnisse der Genossenschaft, die durchaus befriedigende seien und bespricht sodann die einzelnen Arbeiter und Angestellten im Laufe des Jahres bewilligten Lohnerhöhungen. Das Geschäftsanteils-Konto der Mitglieder betrug im Jahre 1901 10 478 40 Mk., im Jahre 1902 15 175 03 Mk. Die Vermehrung der Geschäftsanteile sei in erster Linie auf den Beitritt zweier Konsumvereine und der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine zurückzuführen. Die Mainzer Spar- Konsum- und Produktiv-Genossenschaft sei mit 10 Antheilen an der Genossenschaft beteiligt. Sowohl die „Produktion“ als die Großeinkaufsgesellschaft hätten für ihre gesammte Waarenrückvergütung pro 1901 Antheile erworben, erstere für 475 19 Mk.

Antheile, letztere für 2875 115 Antheile. Die Verwaltung der „Produktion“ habe bereits beschlossen, für die ihr für 1901 zustehende Waarenrückvergütung von 418 60 Mk. weitere 16 Antheile zu erwerben; dasselbe dürfe seitens der Großeinkaufsgesellschaft der Fall sein für die ihr pro 1902 an Waarenrückvergütung und Zinsen zustehende Summe von 3063 35 Mk. Im Uebrigen verweist von Elm auf den gedruckten Geschäftsbericht. Nach demselben betragen die ausstehenden Forderungen rund 59 000 Mk., die vorhandenen Waarenbestände 170 000 Mk., das Inventar steht mit zirka 10 000 Mk. zu Buch, demgegenüber stehen Waarenschulden im Betrage von 68 000 Mk., im Betrieb verwandte fremde Gelder von 54 000 Mk. Das eigene Betriebskapital der Genossenschaft (Kapital-Konto und Reservefonds) beträgt incl. der Zuwendung vom letzten Jahre 102 539 Mk. Merkwürdig ist noch, daß die Genossenschaft im letzten Jahre allein an Tabakzoll 42 167 Mk. zu entrichten hatte. An Waarenrückvergütung für das letzte Jahr gelangen zur Vertheilung 5825 63 Mk.; an Zuschlag zu den Löhnen und Gehältern 2344,68 Mk. Bezüglich der Verwendung des verbleibenden Reingewinnes von 3750,86 Mk. schlägt die Verwaltung vor, das Antheil-Konto mit 5 pCt. zu verzinsen und 2992 Mk. den Reserven (Kapital-Konto und Reservefonds) zuzuwenden. Der Vorsitzende des Aufsichtsraths, L. Supperg, spricht sich in seinem Berichte anerkennend über die Thätigkeit des Vorstandes aus und erklärt gleichzeitig, daß auch der vom Genossenschafts-Verband bestellte Revisor, Herr C. Schmidtchen, bei der kürzlich stattgefundenen Revision seine vollste Befriedigung mit der gesammten Geschäftsführung geäußert habe. Die Vorschläge der Verwaltung bezüglich Vertheilung des Reingewinnes werden von der Versammlung akzeptirt und dem Vorstande einstimmig Decharge ertheilt. Der Aufsichtsrath unterbreitet sodann der Generalversammlung die von ihm beschlossenen Anstellungsverträge mit den angestellten Vorstandsmitgliedern zur Genehmigung. Nach demselben beträgt das Gehalt für den Geschäftsführer und Kassirer pro Woche 40 Mk. und wird demselben ein Urlaub von 14 Tagen pro Jahr unter der Bedingung eingeräumt, daß während der Urlaubszeit des einen Beamten der andere dessen Obliegenheiten mit übernimmt und somit der Genossenschaft aus dem gewährten Urlaub keine Mehrausgaben erwachsen. Bei der nun durch Stimmzettel vorgenommenen Wahl des Geschäftsführers wird der bisherige Geschäftsführer, Adolph von Elm, einstimmig wiedergewählt. Ebenfalls wiedergewählt werden die ausscheidenden Aufsichtsrathsmitglieder Oscar Ehrlich und Heinrich Petersen. Die Generalversammlung beschließt des Weiteren auf Antrag des Aufsichtsraths, einen Dispositionsfonds zu bilden. Ueber den Antrag auf Bildung eines personellen Nothfonds aus den Lohnzuschlagsbeträgen konnten wegen der vorgerückten Zeit keine eingehende Erörterungen in der Versammlung mehr stattfinden. Bei der vorgenommenen Abstimmung über die prinzipielle Frage wurde dieselbe mit einer Stimme Mehrheit verneint, doch wurde das Abstimmungsergebniß angezweifelt. Da die Vorlage die diesjährige Auszahlung des Lohnzuschlages in keiner Weise berührt und ein eventueller Beschluß erst für nächstes Jahr zur Ausführung kommen soll, dürfte im Uebrigen noch Zeit genug sein, die Angelegenheit eingehend in der nächsten Generalversammlung zu erörtern. Die gut besuchte Versammlung, welcher auch ein Vertreter der Großeinkaufsgesellschaft und

der „Produktion“ bewohnte, wurde um 12 Uhr Nachts geschlossen.

— **Französisches.** Aus der Uebersetzung einer im Publikationsorgan der Porzellanarbeiter in Limoges erschienenen Notiz bringen wir, kurz zusammengefaßt, das auch für die deutschen Berufsgenossen Interessirende: Bei der Firma Porzellanfabrik Maillat u. Gigot in **Villedieu** (Departem. Ind.) stehen seit dem 16. Februar ca. 100 Porzellanarbeiter im Streik. Die Firma verfügte einen Lohnabzug von 55 pCt. für die Kosten einer Unfallversicherung. Das wollten die Arbeiter sich nicht gefallen lassen, sie legten die Arbeit nieder, nach drei Tagen aber gab der Unternehmer nach, der Abzug wurde zurück- und die Arbeit wieder aufgenommen. Nach einem Monat wollte die Firma sich für diese „Störrigkeit“ der Arbeiter rächen, sie entließ fünf dem Vorstand der Organisation angehörende Arbeiter. Es wurde eine Deputation zum Unternehmer entsandt und das Ultimatum gestellt, sofern die 5 Entlassenen nicht wieder eingestellt würden, stellen die Arbeiter die Arbeit ein. Die Unterhandlungen hatten keinen Erfolg, seit dem 16. Februar streiken deshalb diese Berufsgenossen.

Eine andere Firma Barny, Rigoni u. Co., welche zumeist Tafel- und Kaffeefervice fabrizirt, glaubte die Handelskrise dazu benutzen zu sollen, die Löhne der Arbeiter um 15 bis 20 pCt. herabzusetzen, das ging unseren Kollegen wider den Strich, sie weigerten sich mit Recht und wollten insgesammt die Arbeit niederlegen; nach 4 Tagen bequeme sich die Firma einen neuen Tarif auszuarbeiten, mit dem die Arbeiter einverstanden waren, die Differenz war damit erledigt.

— In **Holland** scheint sich nach allem was die Zeitungen melden, ein Arbeitskampf zu entwickeln, wie er wohl noch nie in einem anderen Lande sich abspielte. Wie überall, so ist auch in diesem Lande, wo der Kapitalismus, vertreten zumeist durch die großen Kaufleute, deren Schiffe die Meere durchsegeln, die Arbeiterschaft mit Recht unzufrieden mit ihrer mißlichen Lebenshaltung, sie ringen nach besserer Bezahlung ihrer Waare Arbeitskraft. Zur Ueberraschung aller brach Ende Januar plötzlich ein Streik der Eisenbahn- und Transportarbeiter in Amsterdam aus (siehe Nr. 7 und 8 der „A.“) und die Arbeiterschaft war Sieger in demselben. Die gesammte Arbeiterschaft Hollands hat dadurch erkannt, welche Macht sie durch ihre Geschlossenheit darstellt und wenn sie gewillt ist, diese Macht zu benutzen, um ihre soziale und wirtschaftliche Lage zu verbessern, so ist das ihr gutes Recht und es wäre nur zu wünschen, daß das überall eingesehen würde.

In Holland ist die Arbeiterschaft von jeher noch mehr stiefmütterlich seitens der Regierung behandelt worden, als anderswo; erst im Jahre 1886, wo Tausende von Arbeitslosen durch die Straßen von Amsterdam zogen, sah man sich durch die öffentliche Meinung förmlich dazu getrieben, die Regierung gezwungen, durch eine Kommission Erhebungen über die Lage der Arbeiter anzustellen. Das Ergebnis war, es wurde ein großes Elend festgestellt. Ein Sozialpolitiker, der Abg. Kerbiff war Kommissionsmitglied und nahm an den Verhören der Arbeiter theil, er äußerte sich hierüber: „Ist es ein Wunder, daß denjenigen, der dieses Verhör abzunehmen hatte, das Blut kochte, und daß er Mühe hatte, sich zu bezwingen? Und müßte es Wunder nehmen, wenn er bei sich selbst gedacht hätte: wenn das keine Brutstätte für Sozialdemokraten ist, dann giebt es überhaupt keine? Ich wäre dort sicher einer geworden — nicht ein Sozialdemokrat

mit hohen Idealen, sondern einer mit dem Fluch auf den Lippen und Hader im Herzen. Sehr wenig oder nichts ist nun geschehen, die mißliche Lage der Arbeiter zu bessern und nachdem jahrelang der Funke unter der Asche glimmte, er scheint jetzt zu hellen Flammen entfacht zu sein. Wird nun jetzt die Regierung und die Unternehmerschaft daran gehen, das Feuer dadurch zu dämpfen, indem sie verständigerweise den Forderungen der Arbeiter nachkommt? Das ist nicht der Fall, im Gegentheil versucht man die Bewegung durch die Knebelung à la Zuchthausgesetz, und durch massenhaftes Truppenaufgebot, heizukommen. Die holländische Regierung plant Gesetze, die das bestehende Koalitionsrecht vollständig vernichten würde, hohe Strafen, außerordentlich hohe besonders für Eisenbahner, sollen jene treffen, die bei Streiks nur das thun, ohne das ein solcher nicht geführt werden kann. Damit ist zunächst erreicht worden, daß die holländische Arbeiterschaft erst recht aus dem Schlaf gerüttelt wurde und daß im ganzen Land sich ein nie dagewesener Protest gegen die Knebelungsversuche entfaltet. Auch das liberale Bürgerthum unterstützt größtentheils die Arbeiterschaft. Sobald die Zwangsgesetze angenommen werden sollten, soll der Generalstreik proklamiert werden. In einem Manifest an die Arbeiterschaft heißt es:

„Das Recht zu streiken“, „wird 100 000 Arbeitern entrissen und für alle anderen unter der Devise: „Schutz der Arbeit“, derartig eingeengt, daß auch der kleinste Streik von den Arbeitern bezahlt werden soll mit Monaten Gefängnisstrafe. Das Recht zu streiken, die einzige ökonomische Waffe der niederländischen Arbeiterklasse wird hingemordet, das ist die trübe Nachricht, die uns aus dem Munde von Niederlands „großem christlichen Staatsmann“ entgegenschallt. Eine Resolution, in der „verächtlich“ über Unternehmer oder Streikbrecher gesprochen wird, ein Wort, eine Gebärde, ein Blick, ja alles kann bestraft werden. Das Posten stehen bei Streiks wird unmöglich, streikende Arbeiter werden als eine Beute der Polizei und Justiz überliefert, die mit Hilfe dieser Klauselbestimmungen thatsächlich machen können, was sie wollen. Schändlich ist die noch angefügte Bestimmung, daß denjenigen, die für solche Thaten bestraft werden, das Recht zu wählen und gewählt zu werden, genommen werden kann, wodurch Urtheile über streikende Arbeiter zu entehrenden Urtheilen gestempelt werden.“

Und schnell will die Regierung, die christliche Regierung ihren Streich führen. Das Gesetz soll in Kraft treten am Tage der Ankündigung. Es geht mit den Gesetzen gegen die Arbeiter schneller als mit den Gesetzen für die Arbeiter. Das Unfallgesetz trat 23 Monate nach seiner Verkündigung in Kraft, das Zuchthausgesetz tritt in Kraft am Tage seiner Verkündigung.“

Das Manifest schließt mit folgenden Worten:

„In den Tagen von jetzt ab, bis daß die Kammer ihren Beschluß gefaßt hat, muß alle Kraft der Agitation gegen diese schändlichen Pläne gewidmet werden, deren Verderblichkeit und Volksfeindlichkeit der Regierung vollkommen bekannt ist, denn bevor sie die Gesetze publizirte, hat sie sich mit Zehntausenden von Soldaten umgeben. — Arbeiter, schaaert Euch zusammen, um Eure heimtückisch angegriffenen Rechte zu retten!“

In den nächsten Wochen, ja Tagen wird es sich entscheiden, ob die holländische Arbeiterschaft oder deren Regierung, die erstere nur mit Strafgesetzen beglücken will, stärker ist.

Der verfloßene siegreiche Eisenbahnerstreik möge uns ein gutes Omen sein; jedenfalls wünschen wir der holländischen Arbeiterschaft in ihrem Ringen um Besserung ihrer Verhältnisse alles Gute.

— Auch **England** steht am Vorabend eines großen industriellen Konfliktes. Es dreht sich hier um Beschlüsse der Organisation der Bergarbeiter, die die Bergwerksbesitzer in Südwales nicht anerkennen wollen.

Es kämen bei einem eventuellen Kampfe zirka 350 000 Bergarbeiter in Frage. In London findet eine Zusammenkunft der Führer derselben statt, von deren Entscheidungen viel abhängt.

— **Wirtschaftliche Rundschau.**

Der Uebergang der Straßenbahnen von der bewegenden Kraft der Pferde zur Elektrizität dürfte auch auf die Zahl der beschäftigten Arbeiter stärker zurückgewirkt haben, als man gewöhnlich annimmt.

So ergibt der Jahresbericht der Großen Berliner Straßenbahn, daß 1902 zwar das Bahnetz der Gesellschaft einen Umfang von 488 933 Meter, 7166 Meter mehr als 1901, erreicht hat —, daß 294 800 000 Personen, also 12 Millionen oder 4,24 Prozent mehr als 1901, befördert wurden —, daß jedoch gleichzeitig die im Dienste der Gesellschaft befindlichen Personen zurückgingen von 7546 auf 7339 Personen. Auch eine Reihe von Bahnhofsanlagen ist infolge der wegfallenden Stallungen, der Möglichkeit größerer und entfernterer Zentraldepots entbehrlich geworden. Diese Beobachtung dürfte sich in anderen Städten noch vielfach wiederholen, wenn auch abgeschwächt als in Berlin, daß sehr spät, dann jedoch auch sehr rasch und systematisch den elektrischen Betrieb durchführte.

Auch die Besitzkonzentration schreitet im Lokalverkehr sehr rasch vorwärts. Die „Große Berliner“ teilt mit, daß sie ihren Amortisationsfond hauptsächlich mit den Aktien der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn, der Westlichen Berliner Vorortbahn und der Südlichen Berliner Vorortbahn belegt habe. Soeben soll auch die Betriebsvereinigung der Neuen Berliner Omnibusgesellschaft mit der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft durch die Generalversammlungen perfekt gemacht werden. In Danzig denkt man die beiden Straßenbahnunternehmungen zu einer Gesellschaft zu verbinden, es fehlt nur noch die Zustimmung der beteiligten Gemeinden als Straßeneigentümer und der staatlichen Aufsichtsbehörde. Daß solche Verschmelzungen oft ganz unvermeidlich und unabwendbar sind, weiß man. Daß sie allgemeine Verkehrsschritte bringen können, bestreiten heute auch nur noch ein paar sonderbare Konkurrenzschwärmer. Daß sie aber als privatkapitalistisches Monopol auch ganz eigenartige Verfahren umschließen, ist ebensomenig zu leugnen; durch alte Sünden der Gemeindeverwaltungen und der Staatsbehörden ist leider die Abwehr solcher Schädigungen oft erschwert und die Gesellschaften hüten ihre einträglichen Vorrechte selbstverständlich mit Argusaugen gegen jeden „Uebergreif“.

Zum helfenden Eingreifen ist jedoch der Staat immer gut; hier kann er des Guten sogar nie genug thun. So beschwert sich soeben die östliche, schlesische Eisenindustrie bitter über Bevorzugung des Westens durch die preussische Eisenbahnverwaltung, auf deren Bestellungen man gerade jetzt, in der stillen Zeit, mit besonderem Eifer wartet. Während früher für die östlichen Bezirke die Beschaffung der für Oberbauzwecke erforderlichen Eisen- und Stahlmengen — also der Schienen, eisernen Schwellen, Weichen und des Klein-

eisenzeuges — der Eisenbahndirektion Ratowitz zugewiesen war, ist seit zwei Jahren die Direktion Essen damit betraut, und das schlesische Montankapital wittert darin eine Gefährdung und Zurückdrängung seines Einflusses und eine Verstärkung des an sich schon günstiger gestellten westlichen Großkapitals. Im Abgeordnetenhaus in Berlin kamen diese Befürchtungen zum Ausdruck. Die offiziöse Presse tröstet die Empfindlichen damit, daß gerade bei den wichtigsten Ausschreibungen der Direktion Essen nur die Vorbereitung obliege, während der Zuschlag dem Minister selber vorbehalten sei; auch sonst sei dafür gesorgt, daß bezüglich der Oberbaumaterialien die Fühlung mit der östlichen Industrie dauernd gewahrt bleibe. Wir haben gegen den Schutz des Ostens vor wirklicher Zurücksetzung gar nichts einzusetzen —, wenn man in gleich zarter Weise auch der Interessen des östlichen Industriearbeiters gedenken wollte. Hier sieht man jedoch das Eingreifen der Staatsgewalt fast immer nur dann, wenn man Arbeiter vors Gericht und ins Gefängnis bringt, die auch einmal ihre Interessen zu wahren gedachten und dabei durch irgend eine Neuzerlichkeit Anstoß erregten.

Wir wiesen vor ein paar Wochen auf die überraschend großen Ziffern der deutschen Roheisenproduktion im Jahre 1902 hin, die nur vom Jahre 1900, dem bisher erreichten Höchstjahre, übertroffen wurden. Fast dasselbe Bild ergeben jetzt die Zusammenstellungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller über die Produktion von Flußeisen (Stahl!) im Deutschen Reich und Luxemburg. Seit 1897 hat hier Deutschland England überflügelt, so daß nach Nordamerika an zweiter Stelle steht, allerdings in beträchtlichem Stande. Der deutsche Aufschwung seit den 80er Jahren infolge des Thomas-Gilchrist-Verfahrens war um so bedeutamer, als damit auch mehr inländische Rohstoffe, die phosphorreichen Minetteerze der lothringisch-luxemburgischen Bezirke zur Verwendung kommen, während man seither phosphor- und schwefelarme Erze brauchte und diese theuer von Elba, aus Algier, Spanien und Schweden beziehen mußte. 1900 war auch hier das Höchstjahr der Produktion. 1901 brachte einen Abfall, 1902 jedoch stand abermals (1,4 Millionen Tonnen) über seinem Vorgänger, wenn es auch hinter 1900 zurückblieb. Also ähnlich wie beim Roheisen. Und auch beim Flußeisen fiel die Exportsteigerung besonders ins Gewicht; so betrug die Ausfuhr von Luppen, Rohschienen, Ingots 1902 636 427 Tonnen gegenüber 201 716 Tonnen in 1901.

Für den internationalen Roheisenmarkt ist noch immer Amerika die Rettungsplanke. Die fortgesetzten amerikanischen Aufnahmen sollen die englischen Warrantslager so sehr geleert haben, daß Spekulanterringe eine kleine Schwänze versuchen. Auf dem Festlande selbst in Oestreich, sind nach der „Woff. Ztg.“ weitere größere amerikanische Käufe, und zwar zu erhöhten Preisen, erfolgt. Um so nervöser wird man, wenn immer und immer wieder allerlei kritische Anzeichen in der neuen Welt auftauchen. Soeben hört man von Zahlungsschwierigkeiten des sogenannten Dachstruß (der Pacific Packing Compagny mit 32 Mill. Dollars Kapital) und einer großen Firma der Manufakturbranche. Die Aldrich-Bill, die Staaten- und Städteanleihen, ferner auch erstklassige Eisenbahnbonds, so gut wie Regierungsbonds als Sicherheit der Notenbanken anerkennen und so die Notenausgabe und den Kredit beweglicher und ausdehnungsfähiger machen wollte, ist vorläufig gescheitert, so daß auch ein kleinerer Krach rasch die weitesten Kreise ziehen kann.

Sehr mißmüthig war man auch im Textil-
 werbe über die Preistreiberereien auf dem
 baumwollmarkt. Spekulative Schwankungen
 der Rohstoffbewerthung brauchen allerdings die
 erarbeitende Produktion — hier also die
 Spinnerei; auch die Weberei — nicht sofort
 zu berühren. Spinner und Weber haben ihre
 Vorräthe, von denen sie vorläufig weiter
 leben können, sie sind im Rohmaterialbezug
 durch Lieferkontrakte gedeckt, sodaß sie eine
 stillstehende Gleichmüth den Börsenhändlern
 gegenüber, die man selten allzu lange forsführen
 kann. Es bleibt dann im Wesentlichen ein
 Internum der Börse und des Handels, wer
 zuletzt als Sieger oder als Gerupfter die
 Bühne verläßt. Aber für viele Produktions-
 unternehmer trifft diese Deckung und Sicherung
 nicht zu; sie fühlen die Rückschläge sehr bald;
 andere sind beunruhigt, weil sie nur kurze
 Zeit gedeckt sind; endlich folgen unter Um-
 ständen die Preise mancher Textilfabrikate
 ziemlich rasch den Baumwollnotirungen, so-
 daß z. B. der Weber sehr bald mit anderen
 Kampfpreisen, mit einer Verschiebung der ganzen
 Grundlage seines Geschäftsbetriebs rechnen
 muß. Günstige und ungünstige Wirkungen
 treffen oft ganz verschiedene Individuen, so-
 daß ein Ausgleich selten ist und immer die
 Beunruhigung bleibt. Man war darum auch
 diesmal von dem schroffen Anziehen der
 Baumwollpreise, das von New York ausging
 und nach Liverpool übergriff, wenig erbaut.
 Aber obwohl die amerikanischen Pflanzler nach
 Kräften durch Zurückhaltung der Waare den
 Spekulanterring unterstützten, scheint ihm bei
 der amerikanischen Kreditklemme doch bald der
 Atem ausgegangen zu sein; am 4. März er-
 zählte die New Yorker Notirung wieder einen
 nicht unbeträchtlichen Abfall; eine kleine Panik
 hatte vollends wieder Luft.

Neben der Reichsbank haben in den letzten
 Tagen auch die großen deutschen Effekten-
 banken — an der Spitze die Deutsche Bank,
 die Diskontogesellschaft, die Darmstädter und
 die Dresdener Bank — ihre Jahresberichte
 veröffentlicht. Trotz aller starken Abschreibungen
 in nothleidende Papiere können die Banken
 mit dem letzten Jahre recht zufrieden sein.
 Die Deutsche Bank vertheilt bei 160 Mill.
 Kapital 11 pCt. Dividende, die Diskonto-
 gesellschaft bei 150 Mill. Kapital 8,5 pCt.,
 die Darmstädter Bank bei 132 Mill. Kapital
 6 pCt., ebenso die Dresdener Bank 6 pCt.
 bei 130 Mill. Kapital. Was man an in-
 dustriellen Gründungen weniger sich voll-
 ziehen sah, holte man durch vermehrte andere
 Missionen, durch Sanierungs- und andere
 Geschäfte wieder ein. Die Deutsche Bank
 hat nun endlich auch zu einem definitiven Ab-
 schluß mit der Türkei wegen einer Theil-
 rechte der Bagdadbahn gelangt, und für die
 Diskontogesellschaft haben wir soeben in
 Venezuela den sehr ungemüthlichen Gerichts-
 prozess spielen müssen. Solchen einfluß-
 reichen Mächten wird es nie an Erfolg fehlen.
 Was man mit dem bloßen Aktienkapital nicht
 erreichen kann, müssen Staat und Steuerzahler
 hereinbringen.

Dagegen liefert die Reichsbank diesmal
 nur 9,32 Mill. Mk. in die Reichskasse ein,
 gegen 12,4 Millionen Mk. im Jahre 1901.
 Die vertheilte Dividende für 1902 beträgt
 4,7 pCt. (gegen 6,25 pCt. im Jahre 1901).
 Der Bankzinsfuß stand niedriger als in allen
 bis vorangegangenen Jahren. Er betrug

1896	3,66 pCt.
1897	3,81 "
1898	4,27 "
1899	5,04 "
1900	5,33 "
1901	4,10 "

1902 3,32 pCt.

Ab und Auf entsprechen ganz der all-
 gemeinen Produktionsbewegung.

Berlin, im März, 1903.

Max Schippel.

Versammlungsberichte etc.

Berlin I. In der am 9. dieses Monats stattge-
 habten Zahlstellenversammlung der Zahlstelle Berlin I.
 wurde u. A. auch über die Kassenverhältnisse des
 „Beihilfefonds“ sowie die in der „Ameise“ ver-
 öffentlichten Anträgen diskutiert und ist die Versamm-
 lung der Ansicht, daß alle die von anderen Zahl-
 stellen veröffentlichten Anträge, zur Hebung der
 finanziellen Lage des Beihilfefonds auf die Dauer
 keine Besserung bringen, sondern ist der Meinung,
 wenn der Beihilfefond lebensfähig sein und bleiben
 soll, dieses nur durch die Einführung der obligato-
 rischen Mitgliedschaft möglich ist. Die vorgeschlagene
 Bemessung der Beihilfe, die Länge derselben, von
 der Dauer der Mitgliedschaft abhängig zu machen,
 würde seinen Zweck unter den jetzt bestehenden Ver-
 hältnissen vollständig verfehlen, da die meisten
 Kranken die Dauer von 13 Wochen nicht übersteigen,
 nicht übersteigen können, da die Verhältnisse sie
 zwingen, sobald in der Orts- oder Fabrikkranken-
 kasse ihre Unterstützungsdauer zu Ende ist, (welche in
 den meisten Fällen die gesetzliche
 Mindestdauer von 13. Wochen nicht
 übersteigt) ihre Arbeit, wenn einigermaßen
 möglich, wieder aufnehmen müssen. Einverstanden
 ist die Zahlstelle mit dem Zahlen der Sterbegeld-
 Beihilfe, bezw. daß das volle Sterbegeld erst nach
 fünfjähriger Mitgliedschaft gezahlt wird. Die dem
 Hauptvorstand zustehende Erhebung der Extra Bei-
 träge bringt nur Unfrieden unter den Mitgliedern.
 Es wird ja wegen der obligatorischen Einführung
 einige Bedenken geben, schon wegen der älteren
 Verbandsmitglieder, aber die Bedenken werden
 schon beseitigt werden, wenn man sich das Motto
 am Kopfe der Ameise: „Immer strebe zum Ganzen
 u. s. w.“ recht oft durchliest. Interessant wäre es,
 wenn der Vorstand eine Statistik aufstellen würde
 wieviel von den circa 8000 Mitgl. jährlich krank sind
 wieviel von denen, welche im Beihilfefond noch
 Mitglieder werden können, und den übrigen, welchen
 dieses durch ihr Alter unmöglich ist. Es wäre er-
 wünscht zu hören, wie die Ansichten der andern
 Zahlstellen sind, über obigen Vorschlag; wir aber
 sind fest überzeugt, nur dadurch den kranken Kollegen
 eine Beihilfe zu schaffen, die von Bestand und Dauer
 ist, denn wenn es nach dem alten Verfahren weiter
 gehen soll, dann ist der Beihilfefond bald leistungs-
 unfähig.

Budau. Die hiesige Zahlstelle hat sich bereits
 in Nr. 4 und 5 der „A.“ d. J. durch Artikel „Robo-
 rantien für den Beihilfefond“ eingehend mit den
 Verhältnissen des Beihilfefonds beschäftigt. Als
 nächstliegendes Mittel, den Beihilfefond auf eine
 gesunde Grundlage zu stellen, haben wir darin die
 obligatorische Einführung des Beihilfefonds für den
 Verband empfohlen. Da nun von allen Seiten
 und auch vom Hauptvorstande diverse Ausbesserungs-
 mittel zur Diskussion gestellt sind, hat die am 21. 2.
 d. J. stattgefundene Versammlung beschlossen, folgen-
 den Antrag zur allgemeinen Mitgliederabstimmung
 zu stellen:

Antrag: Die Zahlstelle Magdeburg-Budau be-
 antragt bei dem Hauptvorstande des Verbandes der
 Porzellan- u. Arbeiter eine allgemeine Mitglieder-
 abstimmung, betreffend: „Die obligatorische Ein-
 führung des Beihilfefonds für den Verband im
 Prinzip“ auszuschreiben zu wollen.

Begründung: Die Theilnahmslosigkeit und
 Antipathie der meisten Verbandsmitglieder gegen-
 über dem Beihilfefond sind die Hauptursache der
 jetzigen Kassenalamität desselben. Zudem doch der
 Beihilfefond eine Institution des Verbandes ist,
 folglich auch jedes Mitglied des Verbandes die Pflicht
 hat, ihn durch Beitritt zu unterstützen. Dies umso-
 mehr, da die Entwicklung desselben durch die ein-
 seitige Bestimmung, nur Verbandsmitglieder aufzu-
 nehmen, gehemmt ist, andererseits aber keine statuta-
 rische Verpflichtung für die Verbandsmitglieder
 besteht, dem Beihilfefond beizutreten zu müssen.

Es liegt eine Ungerechtigkeit gegenüber den
 Beihilfefond-Mitgliedern darin, daß es Verbands-
 Mitgliedern nicht verwehrt werden kann, einer an-
 deren Berufskrankenkasse beizutreten, ohne die eigene
 Institution durch Beitritt unterstützen zu müssen.
 Im Uebrigen beziehen wir uns auf den diesbezüg-
 lichen Artikel in Nr. 4 und 5 der „A.“ Zudem
 nun zu der betreffenden Mitgliederabstimmung 10
 Zahlstellen erforderlich sind, ersuchen wir sämtliche
 Zahlstellen diesen Antrag zu diskutieren und bei
 eventueller Zustimmung wie vorstehend zu formulieren
 und an uns schnellstens einsenden zu wollen.

Grünstadt. Die Zahlstellenversammlung vom
 7. März beschäftigt sich unter Anderem auch mit der
 Beihilfefondangelegenheit und wurde folgender An-

trag gestellt. Der Vorstand möge eine Mitglieder-
 abstimmung anordnen, welche beschließen soll, daß
 alle Beihilfefondmitglieder in allen Stufen pro
 Woche 5 Pfg. mehr Beiträge bezahlen, um den
 Beihilfefondmitgliedern auf die Beine zu helfen.

Begründung: Die Mitglieder sind der Meinung,
 daß durch andere Maßnahmen gar nichts erreicht
 wird, denn ein gesundes Mitglied kann eher 5 Pfg.
 pro Woche mehr bezahlen als wie ein krankes Mit-
 glied ein paar Mark entbehren kann. Es können
 sich daher die hiesigen Mitglieder mit dem Antrage
 Unwiderstehlich auch nicht einverstanden erklären. Die
 Mehreinnahme bei der jetzigen Mitgliederzahl würde
 bei 5 Pfg. mehr Beitrag pro Jahr 4560,40 Mk.
 ausmachen und das würde unserer Ansicht nach
 auch genügen.

Sernsdorf. Die Zahlstelle hielt am 7. März
 wieder eine Versammlung ab. Der Kassirer giebt
 den Abschluß vom 4. Quartal 1902 bekannt. Hierauf
 wird beschlossen, auch in diesem Jahre das Stiftungs-
 fest zu feiern und zwar am 22. März, Abends von
 7 Uhr ab in der Centralhalle. Die unliegenden
 Zahlstellen sollen hierzu eingeladen werden. Da die
 „Ameise“ jetzt zum großen Theil beim Kassirer liegen
 bleiben, werden mehrere Mitglieder bestimmt, welche
 dieselbe zu vertheilen haben. Gleichfalls werden
 einige Mitglieder, welche sich freiwillig gemeldet,
 dazu bestimmt, den Vertrieb von Streikmarken zu
 übernehmen, da die Abnahme von solchen kaum
 nennenswerth ist. Bei dieser Gelegenheit wird aber
 vorgebracht, daß die meisten Mitglieder über diese
 Einrichtung murren. Hauptsächlich beklagt sich aber der
 Verkauf von Streikmarken, denn man darf doch nur
 daran denken, daß der Ertrag für die im Kampfe
 stehenden Arbeitsbrüder bestimmt ist.

Sittengernd. Am 7. März fand in der
 Göring'schen Wirtschaft Zahlstellenversammlung statt
 und waren von 13 Mitgliedern 11 erschienen. Wir
 hoffen, daß für die Zukunft sämmtliche Mit-
 glieder zur Stelle sind. — Beschl. wird, daß
 jene Mitglieder, die erst vor kurzem hierorts in
 Arbeit getreten sind, ihre Beiträge bis zum Schluß
 des 1. Quartals in der Zahlstelle Sittengernd zu
 zahlen haben. Beim Vorstand soll wegen der An-
 schaffung eines Kassenchrantes zc. angefragt werden.
 Die Zahlstellenversammlungen sollen jeden ersten
 Sonntagabend im Monat stattfinden. Unter „Ver-
 schiedenes“ beschwerten sich mehrere Mitglieder über
 eigenartige Lohnauszahlung bei Hrn. Kauschert und
 wird gewünscht, daß, wie auch anderwärts, z. B.
 bei Hrn. Schönau, jeder einzelne Arbeiter am Lohn-
 tag seinen Lohn zugestellt erhält. Es werden zwei
 Kollegen erwählt, die bei Hrn. Kauschert vorstellig
 werden und die Wünsche des Personals vortragen.
 Dasselbe soll geschehen wegen Regelung der Masse-
 Abgaben.

Oberhohndorf. In der Versammlung vom
 28. Februar, in welcher von 26 Beihilfefondmit-
 gliedern 21 anwesend waren, wurden verschiedene
 Anträge diskutiert, und war man der Ansicht und
 Ueberzeugung, daß nur durch starke Agitation dem
 Beihilfefond geholfen wird, denn durch Extrabeiträge
 ist nur momentan, doch für später nichts gethan.
 Es wird bedauert, daß auf den Agitationsreisen
 nicht auch für den Beihilfefond agitiert wurde, denn
 sehr wenig oder gar nichts konnte man in den Ver-
 sammlungsberichten darüber lesen, daß aufgefordert
 worden wäre, dem Beihilfefond beizutreten. Weiter
 liegt es an den Mitgliedern, sowie Zahlstellenver-
 waltungen selbst, daß so wenig Interesse bei den
 Mitgliedern vorhanden ist, sich zu versichern, damit
 sie im Krankheitsfalle genügende Unterstützung er-
 halten. Die größten Zahlstellen haben wohl die
 wenigsten Beihilfefondmitglieder. Schon mit Klac-
 k auf die alten, lange Jahre dem Beihilfefond
 angehörenden Mitglieder, die nun eventuell in die
 Lage kommen, die erworbenen Rechte beanspruchen
 zu müssen, muß alles gethan werden, um Mittel und
 Wege zu finden, die Kasse lebensfähig zu erhalten.
 Darum, Alle hinein in den Beihilfefond, das wird
 diesen am ehesten stärken. Hiesige Zahlstelle zählt
 45 Mitglieder, davon gehören 26 dem Beihilfe-
 fond an.

Potschappel. Montag, den 2. März fand
 eine von der Zahlstellen-Verwaltung einberufene
 Versammlung der Beihilfefondmitglieder statt. An-
 wesend waren sämmtliche Mitglieder. In der Debatte
 wurde von den Anwesenden lebhaft bedauert, daß
 der Hauptvorstand nicht schon längst Veranlassung
 gegeben hat, Mittel und Wege zu finden, den ge-
 waltigen Rückgang der Kassenverhältnisse des Be-
 hilfefonds entgegen zu steuern. Warum hat nicht
 der Vorstand, da doch im Jahre 1896 noch ein
 Kassenbestand von 27 000 Mark vorhanden war und
 seitdem jedes Jahr, also 6 Jahre lang, ein stetiger
 Rückgang zu verzeichnen gewesen ist, nicht schon nach
 den ersten Jahren des Rückganges eingegriffen und
 versucht, dem vorzubeugen? Weiter vermißt die Ver-
 sammlung Matertal (Statistiken über Alter der Mit-
 glieder, Krankheitsdauer u. s. w.), um den Weg zu
 zeigen, auf welche Weise eingegriffen werden muß.
 Die Versammlung kommt zu der Ansicht, daß nur

durch eine einschneidende Reform des Beihilfefonds derselbe lebensfähig zu gestalten ist und schlägt sich den Ausführungen der Zahlstelle Buckau-Magdeburg in dem Artikel: „Roborantien über den Beihilfefond vollständig an. Ebenfalls ist die Zahlstelle bereit, wenn ein dahin gehender Antrag gestellt wird, denselben zu unterstützen. Im Großen und Ganzen hält die Versammlung die jetzigen Leistungen des Beihilfefonds für zu hohe und wäre vor allem einer Herabsetzung des Krankengeldes im 2. Halbjahr näher zu treten, da doch nach 26 Wochen die Invaliditäts-Kasse eingreifen muß. Um aber einen weiteren Rückgang der Kasse aufzuhalten, stellen wir folgenden Antrag: 1. Jedes Vierteljahr 2 Extra-Beiträge zu erheben. 2. Das Krankengeld um 10 pCt. zu kürzen. 3. Das Sterbegeld um 20 pCt. zu kürzen. Begründung: Der Antrag bezweckt nur, bis zu einer zu schaffenden gründlichen Reform ein Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe zu schaffen und sollen die Lasten, um dieses zu ermöglichen, nicht von den Unterstützungsberechtigten allein, sondern auch von den Beitragsleistenden zu tragen sein. Wir halten Extrabeiträge für gerechter als die von Farge vorgeschlagene gleichmäßige Erhöhung von 5 Pfg.

Schedewitz. Die am 7. März im „Restaurant Gambrius“ stattgefundene Besprechung, war trotz der wichtigen Tagesordnung, nur mäßig besucht. Der Antrag Altmasser wurde diskutiert und erklärten sich die Mitglieder im wesentlichen damit einverstanden. Es wurden jedoch folgende Abänderungsanträge resp. Zusatzanträge zur Diskussion gestellt und dem Hauptvorstand zur Erwägung übermiesen. Zum Antrag 1 von Altmasser (§ 3 Abs. 1) soll heißen, statt 1—2 und 2—3 jähriger Mitgliedschaft: „Nach 1—3 jähriger Mitgliedschaft 26 Wochen Beihilfe.“ Als Zuschußkasse einer Gewerkschaft dürfen wir nicht anderen Krankenkassen hinteran stehen, da nach der im Reichstag vorliegenden Krankenkassen-Novelle, mindestens 26 Wochen Unterstützung gezahlt werden muß. Auch dürfen wir nicht anderen freien Hilfskassen, der Konkurrenz das Feld räumen.

Wir würden uns nur die Agitation zur Aufnahme neuer Mitglieder erschweren und uns die jüngeren Leute fern halten, denn es werden die jüngeren Leute zurück schrecken, sich solchen strengen Vorschriften zu unterwerfen, und sich einer anderen Klasse anzuschließen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch junge Mitglieder erkranken, und auch sehr lange, solchen würde dann mit 18 Wochen garnicht gedient sein. Die hiesige Zahlstelle empfiehlt resp. stellt folgende Anträge: Den § 1 Abs. 2 umzuändern in folgender Weise: „Mitglieder, welche nach dem 25. (statt 30.) Lebensjahre eintreten, werden nur in einer der ersten 4 Klassen aufgenommen“. § 3 Beiträge: „Bei einem Eintrittsalter bis 25 und 30 Jahr“ zu setzen, statt 30 und 40 Jahr, um jüngere Leute zu erhalten und nicht erst zu warten bis sie das 30. Jahr ziemlich erreicht haben. Wenn sie nicht eher zu der Einsicht kommen, sich gegen Krankheit zu versichern, können sie dann die erhöhten Beiträge zahlen. Dadurch wird der Beihilfefond vor zu früher Inanspruchnahme geschützt und wird ihm gleichzeitig eine höhere Einnahme gesichert.

Antrag **Buckau** wurde auch für gut befunden, jedoch der Antrag Rudolstadt, welcher weitergehender Natur ist, vorgezogen, wonach vierteljährlich 2 Extrabeiträge während der Dauer der Krise im Beihilfefond erhoben werden sollen. Den Berufsgenossen wird dringend ans Herz gelegt, sich gegen Krankheit zu versichern. Es kommt sehr oft vor, daß Kollegen plötzlich von einer Krankheit befallen werden und dann erst einsehen, daß sie mit dem Krankengeld, welches die Betriebs-Krankenkassen gewähren, allein nicht vor Noth geschützt sind. Beihilfefondmitglieder kommen häufig in die Lage, noch Extra-Unterstützungen zu zahlen. Es werden die Beihilfefondmitglieder aber gezwungen sein, sich solchen Sammlungen zu verschließen, um die Sämnigen zur Vermunft zu bringen. Nachdem dieser Punkt erledigt war, wurde das unpünktliche Beitragszahlen sehr scharf verurtheilt; der Kassirer sieht sich gezwungen, streng nach dem Statut zu verfahren. Bei unpünktlicher Befreiung kann die Unterstützung auch nicht pünktlich gezahlt werden und dürfte dann mancher Kollege in eine unangenehme Lage kommen. Es wird also ersucht, in dieser Beziehung mehr Pünktlichkeit walten zu lassen.

Schlterbach. Sonnabend, den 14. März fand in hiesiger Zahlstellen-Versammlung eine Diskussion über die gestellten Anträge bezüglich der finanziellen Verhältnisse des Beihilfefonds statt, es wurden die besten Anträge gründlich berathen und darauf der Antrag Farge als der beste und zweckmäßigste befunden: „Von den Mitgliedern des Beihilfefonds 5 Pfg. pro Woche mehr zu erheben und 10 pCt. pro Woche von der Höhe der Beihilfe erforderlichen Falles zu kürzen.“ Weiter schließt sich die Versammlung den Anträgen Altmasser an (Anzeige Nr. 7) Mitglieder, welche 52 Wochenbeiträge gezahlt haben, können bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit eine wöchentliche Beihilfe nach folgender Tabelle erhalten:

Nach 1—2 jähriger Mitgliedschaft	13 Wochen Beihilfe
„ 2—3 „	26 „
„ 3—5 „	39 „
„ 5 „	52 „

ausgesteuerten Mitgliedern nach 52 wöchentlich bis 5 jähriger Mitgliedschaft die Hälfte der in § 3 genannten Sätze und nach 5 jähriger Mitgliedschaft den vollen Betrag des Sterbegeldes.“ Ferner wurde noch über das Eintrittsalter diskutiert und stellt die Versammlung den Antrag: „Das Eintrittsalter von 35 Jahren auf 28 Jahren herabzusetzen.“

Begründung: Da das Durchschnittsalter der Porzellan- und verwandten Arbeiter auf höchstens 40 Jahre zu bemessen ist, und dann die Mitglieder meistens einer langen Krankheitsdauer erliegen, so ist das Eintrittsalter bis 35 Jahr viel zu hoch bemessen und kann dies nur der Kasse zum Schaden gereichen.

Die Versammlung ersucht die übrigen Zahlstellen sich diesen Anträgen anzuschließen, es würde sich der Kassenbestand einigermaßen wieder etwas heben und somit der Beihilfefond lebensfähig bleiben.

Zell a. S. Die Versammlung war von 34 Mitgliedern besucht. Nach Eröffnung der Versammlung und Verlesung des letzten Protokolls gab der Vorsitzende den Verwaltungsmittgliedern eine eingehende Erklärung über die Pflichten, die sie durch Annahme ihres Postens auf sich genommen haben. Aus dem Bericht des Kassirers (Abschluß pro 3. Quartal) war zu ersehen, daß in Bezug von Streikmarken es sehr flau zugeht, da eine größere Anzahl Mitglieder noch gar keine gekauft haben. Es wurde eine sehr rege Diskussion gepflogen, und der Vorsitzende ermahnte die Mitglieder, sich etwas mehr an dem Verkauf von Streikmarken zu betheiligen. Zu Punkt „Anträge und Beschwerden“ machten einige Mitglieder aus der Schaaßschen Fabrik die Mittheilung, daß ihnen auf Becher und Schalen eine Reduzirung von 7 bis 17 pCt. angekündigt wurde. (Siehe Bericht in „Aus unserem Berufe“ in Nr. 10) Zum Beihilfefond wurde von einem weiteren Antrag abgesehen und der Bekanntmachung des Vorstandes zugestimmt, die Antragsteller möchten ihre Anträge zur Begründung bringen. Der Vorsitzende gab noch einige wichtige Bekanntmachungen und verlas den Artikel aus Nr. 9 der M.: „Die Ansicht eines vernünftigen Pfarrers über die Sozialdemokratie“. Die Versammlung gab hierzu ihre vollste Zustimmung. Möchten die Mitglieder stets die Versammlungen besuchen, es wäre dann wohl so mancher Uebelstand mit Leichtigkeit zu beseitigen.

Briefkasten.

Berlin I und Andere. Bitte für die Zukunft das Papier immer nur auf einer Seite zu beschreiben. — **Güttengrund.** Für die Zukunft bitte Ihren Berichten zc. eine Unterschrift beizufügen und mitzutheilen, von welcher Zahlstelle der Versammlungsbericht kommt, das habe ich diesmal noch glücklich errathen.

Adressen-Nachtrag.

- Alberstweiler.** Kassirer und Vertrauensmann der Agitationskommission: **Jo hann Beck**, Dreher.
- Buckau.** Schriftführer **Rob. Giesau** wohnt vom 1. April ab: Kleine Schulstr. 14, v. I.
- Burgau.** Kass.: **Emil Reinhold**, Dreher, Wingerlerstraße.
- Darmstadt.** Vors.: **Jos. Raab**, Maler, Feldbergstr. 15.
- Hann.** Revis.: **Rob. Großmann**, Werlerstraße 34.
- Mannheim.** Vors.: **Karl Weber**, Neckarau, Rosenstr. 14.
- Nymphenburg.** Vors.: **Christoph Jena** wohnt: Kugelmüllerstr. 78g.

Versammlungskalender.

- Mhlen.** Sonntag, den 29. März, Nachmittags 2 Uhr im Vereinslokal.
- Berlin II.** Sonnabend, den 21. März bei Bollschlager, Adalbertstraße 21. Zahlabend und Bibliothek.
- Montag, den 23. März, Abends 8 1/2 Uhr Verwaltungssitzung.
- Buckau.** Sonnabend, den 21. März, Abends 6 Uhr bei J. Westphal.
- Frankfurt a. M.-Offenbach.** Sonntag, den 29. März, Vorm. 1/10 Uhr in Offenbach, Restaurant Grob, Domstraße, Ecke Taunusstr. Tagesordnung: Der Beschluß des Vorstandes vom 17. 2. und 26. 2. bezügl. des Mitglieds Rumsche und dessen Austritt. Das pünktliche Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich.
- Brettenort.** Sonnabend, den 21. März im „Gasthaus zum Saalthal“.
- Kahla.** Sonnabend, 21. März, Abends 8 Uhr im „Rosengarten“.

- Röppelsdorf.** Montag, den 23. März, Abends 1/2 Uhr im Vereinslokal.
- Schönwald.** Sonnabend, den 28. März, Abends 7 Uhr im Vereinslokal. Beitragszahlen und Witteraustausch. Bericht über eingereichte Forderungen, Wünsche und Anträge. Verschiedenes. Alle erscheinen!
- Wittenberg.** Sonnabend, den 21. März, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Wissenschaftlicher Vortrag von Herrn Redakteur **E. Däumig-Halle** über: „Land und Leute in Nordafrika“. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Emil Böhme
Eisenberg S.-A.
Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere und alle goldhaltigen Sachen.
Reelle und pünktliche Bedienung.
Man verlange Prospekte. Kostloses Geschäft dieser Art.

Goldschmiere,
goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.
Oskar Rottmann, Stadtilm, Th.
Goldschmiere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.
H. Haupt, Dresden-A.
Hammerstr. 12.



Otto Seifert
Zwickau S., Osterwelbstr. 18

Gold und alte Abfälle
Flaschen u. s. w. kauft zu hohen Preisen
Herrn. Hammernüller
Niederplantz i. S., Zwidauerstr. 86 B.

Goldschmiere
sowie alle goldhaltigen Sachen kauft zu hohen Preisen
Otto Hamann, Neustadt i. S.

Glanzgold bester Qualität, 10 Gramm 3,50 Mark bei Abnahme grösserer Quantitäten billiger offerirt **Emil Böhme, Goldgeschäft, Eisenberg S.-A.**

Dresden. Dresden.
Porzellanarbeiter.
Sonnabend, den 21. März, Abends 8 Uhr im Restaurant von Saru, Neustadt, Gehestr. 11
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Diskussion über die Sanirung des Beihilfefonds.
2. Die Angelegenheit Junige betreffs Rückzahlung der Beihilfe.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht.
Der Vertrauensmann: **D. Seebald.**
Herrnsdorf. Das in voriger Nummer angezeigte **Stiftungsfest** ist bis auf Weiteres, etwa getretener Umstände halber, verschoben.
Die Verwaltung.

Unterweißbach. Ich fordere Mitglieder der hiesigen Zahlstelle auf, in der am 21. März stattfindenden Versammlung ihre Beiträge zu entrichten, da ich den Abschluß bestimmt am 18. April absende.
Hermann Gretsch.

Darmstadt. Kollegen welche gesonnen sind in Darmstadt Stellung als Maler anzunehmen, werden ersucht, sich bei hiesiger Zahlstelle im eigenen Interesse über nähere Verhältnisse zu erkundigen.

Arbeitsmarkt.
Tüchtiger **Modelleinrichter und Formgießer** Ende der zwanziger Jahre, sucht sofort Stellung. Offerten unter „Tüchtig“ an die Red. d. Bl.
Herausgegeben vom Verlande der Porzellan- und verwandten Arbeiter. — Verantwortlicher Redakteur: **Richard Jahn**, Charlottenburg, Poststr. 8. Druck u. Verlag: **Dito Goerke**, Charlottenburg, Wallstr. 69